

Gemeinden fordern Finanzreform

Kommunaletats durch Sozialleistungen bedroht

Handelsblatt-Interview

mit dem Präsidenten des DStGB, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen

HANDELSBLATT, 23.3.2001

uhl BERLIN. Die Kommunen müssen in diesem Jahr zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit rund 55 Mrd. DM über die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für Sozialleistungen ausgeben. „Im vergangenen Jahr waren es erst 47 % und damit rund 2 Mrd. DM weniger“, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer (SPD), in einem Gespräch mit dem Handelsblatt.

Die Einbußen bei den Steuereinnahmen, die den Gemeinden durch die seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1998 verabschiedeten und geplanten Gesetze entstünden, bezifferte Schäfer für das Jahr 2001 auf 11,3 Mrd. DM.

Wegen der dramatischen Entwicklung der Gemeindefinanzen würden die Spielräume immer enger. Viele kommunale Haushalte seien bereits Not leidend, sagte der Gemeindepräsident. Für Investitionen fehle das Geld. Kommunale Einrichtungen wie beispielsweise Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Sporteinrichtungen sowie Museen verfielen vielerorts. „Wir brauchen deshalb dringend eine Gemeindefinanzreform“, fordert Schäfer, dessen Organisation mit 14 000 kleinen und mittleren Gemeinden gut 93 % aller Kommunen vertritt.

Sonderabgaben für bestimmte Projekte

Bei der Gemeindefinanzreform sollte zum Beispiel über die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes zur Einkommensteuer und zeitlich befristeter Sonderabgaben für bestimmte kommunale Projekte nachgedacht werden. „Das würde die Beziehung zwischen Bürger und Gemeinde stärken“, zeigte sich Schäfer überzeugt. „Doch es geht uns nicht in erster Linie um mehr Geld, sondern um einen Neuzuschnitt der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“, erläuterte der Gemeindepräsident. Seiner Meinung nach böte die wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts notwendige Neuregelung des Länderfinanzausgleichs die Chance, auch eine Neuordnung der Gemeindefinanzen in Angriff zu nehmen. Beispielsweise könnte eine Kommission eingesetzt werden, um Reformvorschläge zu erarbeiten.

Immer neue Aufgaben für die Kommunen

Eine Gemeindefinanzreform müsse vor allem den verhängnisvollen Trend stoppen, dass Bund und Länder den Gemeinden immer neue

Aufgaben aufbürdeten, ohne ihnen dafür die notwendigen Mittel zu geben. Insbesondere die Bundespolitiker neigten dazu, immer neue und im Prinzip durchaus sinnvolle Wunschlisten aufzustellen, die Bezahlung aber den Städten und Gemeinden zu überlassen. Als jüngste Beispiele nannte Schäfer die Diskussion über die Ganztagsbetreuung von Schülern und die Ausstattung von Schulen mit Computern und Internetanschlüssen. „Über die Finanzierung macht sich kaum jemand Gedanken“, klagte Schäfer. Wenn zum Beispiel für jeweils vier Schüler ein PC bereit gestellt würde, beliefen sich die Anschaffungskosten auf 17 Mrd. DM. Der Aufwand für die Vernetzung und die Wartung seien in diesem horrenden Betrag noch nicht einmal enthalten. Mithin könnten die Gemeinden diese wichtige bildungspolitische Aufgabe nicht allein leisten. Obwohl sie nach der heutigen Aufgabenverteilung für die Ausstattung der Schulen und damit auch für die PC-Installierung zuständig seien, müsse dies gesamtstaatlich finanziert werden.